

Antrag auf Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis nach dem Aufenthaltsgesetz (AufenthG)

Antragseingang:

Ich beantrage die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis.

Ich versichere, folgende Angaben nach bestem Wissen und Gewissen und vollständig gemacht zu haben.

Wichtiger Hinweis nach § 55 Abs. 2 Nr. 1 und § 82 AufenthG

Ich wurde darauf hingewiesen, dass

- ⇒ ich nach § 55 Abs. 2 Nr. 1 AufenthG ausgewiesen werden kann, wenn ich in Verfahren nach dem Aufenthaltsgesetz oder zur Erlangung eines einheitlichen Sichtvermerkes nach Maßgabe des Schengener Durchführungsübereinkommens falsche oder unvollständige Angaben zum Zwecke der Erlangung eines Aufenthaltstitel mache oder trotz bestehender Rechtspflicht nicht nach Maßgabe der für die Durchführung des Aufenthaltsgesetzes zuständigen Behörden im In- und Ausland mitwirke.
- ⇒ unrichtige oder unvollständige Angaben den Straftatbestand des § 95 Abs. 2 Nr. 2 AufenthG erfüllen. Die Straftat kann mit Geldstrafe oder mit Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren bestraft werden. Ein Ausländer kann ausgewiesen werden, wenn er gegen Rechtsvorschriften verstößt, wozu auch unvollständige oder unrichtige Angaben zu vorstehendem Sachverhalt gehören (§ 55 Absatz 2 Nr. 2 AufenthG).
- ⇒ ich meine Belange und für mich günstige Umstände, soweit sie nicht offenkundig oder bekannt sind, unter Angabe nachprüfbarer Umstände unverzüglich geltend zu machen habe und die erforderlichen Nachweise über meine persönlichen Verhältnisse, sonstige erforderliche Bescheinigungen, Erlaubnisse oder sonstige erforderliche Nachweise unverzüglich beizubringen habe. Nach Ablauf der dafür von der Ausländerbehörde gesetzten Frist geltend gemachte Umstände und beigebrachte Nachweise können unberücksichtigt bleiben.
- ⇒ der elektronische Aufenthaltstitel (eAT) erst mit der Aushändigung wirksam wird. Ich bin daher verpflichtet, von der Antragstellung bis zur Aushändigung des eAT sämtliche Veränderungen, die einen Wegfall der Erteilungsvoraussetzungen zur Folge haben könnten (z. B. aktuelle Ermittlungsverfahren, Arbeitslosigkeit, Änderung der Lebensumstände) unverzüglich der Ausländerbehörde mitzuteilen. Tue ich dies nicht, kann das die unter Spiegelstrich 1 genannten ausländerrechtlichen Konsequenzen haben.
- ⇒ ich im Fall eines verspätet gestellten Antrags auf Verlängerung eines Aufenthaltstitels vollziehbar zur Ausreise aus dem Bundesgebiet verpflichtet bin (siehe § 50 Abs. 1 AufenthG in Verbindung mit § 58 Abs. 2 Ziff. 2 AufenthG).
- ⇒ ich verpflichtet bin, sämtliche Veränderungen, die einen Wegfall der Erteilungsvoraussetzungen zur Folge haben können, auch nach Beantragung des elektronischen Aufenthaltstitels bei der Ausländerbehörde anzuzeigen

Ich erkläre, dass ich niemals

- einer Vereinigung angehört habe/heute angehöre oder eine solche unterstützt habe/unterstütze, die den Terrorismus unterstützt hat/unterstützt.
- die freiheitliche demokratische Grundordnung oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet oder mich der Verfolgung politischer Ziele an Gewalttätigkeiten beteiligt oder öffentlich zur Gewaltanwendung aufgerufen oder mit Gewaltanwendung gedroht habe.
- zu den Leitern eines Vereins gehörte, der unanfechtbar verboten wurde, weil seine Zwecke oder seine Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder er sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung richtet.

Ort, Datum

Eigenhändige Unterschrift,
bei Kindern unter 18 Jahren: gesetzlicher Vertreter

Hinweise zur Datenerhebung:

Die erfragten personenbezogenen Daten werden zur weiteren Bearbeitung benötigt. Ihre Erhebung erfolgt gemäß § 86 Aufenthaltsgesetz. Die

3. Grund des Aufenthalts		
<input type="checkbox"/> Familiäre Gründe - Familiennachzug zu	<input type="checkbox"/> Deutschen	<input type="checkbox"/> Ausländern
<input type="checkbox"/> völkerrechtliche, humanitäre, politische Gründe		
<input type="checkbox"/> Erwerbstätigkeit (bitte Arbeitgeber und Beruf angeben) _____		
<input type="checkbox"/> Studium (bitte Universität/Hochschule, Studiengang und Fachrichtung angeben) _____		
<input type="checkbox"/> sonstige Gründe, z. B. ehemaliger Deutscher, Ausbildung (bitte angeben): _____		

4. Bestreitung des Lebensunterhalts			
Aus welchen Mitteln bestreiten Sie Ihren Lebensunterhalt? (Mehrfachnennungen sind möglich)			
<input type="checkbox"/> Einkommen aus <u>eigener</u> Erwerbstätigkeit	Arbeitgeber:	ausgeübte Tätigkeit:	monatlicher Netto-Verdienst: _____, ____ €
<input type="checkbox"/> Einkommen des Ehegatten/Lebenspartners/der Eltern	Arbeitgeber:	ausgeübte Tätigkeit:	monatlicher Netto-Verdienst: _____, ____ €
<input type="checkbox"/> Unterhalt nach Trennung/Scheidung	gezahlt von:		monatliche Zahlung: _____, ____ €
<input type="checkbox"/> sonstiges Einkommen	Bezeichnung d. Einkommens:	auszahlende Stelle:	monatliche Zahlung: _____, ____ €
<input type="checkbox"/> Ich befinde mich in einer betrieblichen/schulischen Ausbildung, die zu einem anerkannten beruflichen oder schulischen Bildungsabschluss führt. (Bitte legen Sie hierzu Ihren Ausbildungsvertrag oder eine Schulbescheinigung vor)			
Sind Sie gegenüber anderen Personen unterhaltspflichtig?			
<input type="checkbox"/> Kinder:	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, in Höhe von monatlich:	_____, ____ €
<input type="checkbox"/> frühere Partner:	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, in Höhe von monatlich:	_____, ____ €
Beziehen Sie oder Haushaltsmitglieder eine oder mehrere der nachfolgenden Leistungen? (Angaben sind auch erforderlich, falls es ergänzende Leistungen sind! Bitte legen Sie aktuelle Bewilligungsbescheide vor)			
<input type="checkbox"/> Arbeitslosengeld I	<input type="checkbox"/> BAföG		
<input type="checkbox"/> Arbeitslosengeld II	<input type="checkbox"/> Rente		
<input type="checkbox"/> Erziehungsgeld/Elterngeld	<input type="checkbox"/> Wohngeld		
<input type="checkbox"/> Kindergeld	<input type="checkbox"/> Krankengeld		
Besteht Krankenversicherungsschutz für die Bundesrepublik Deutschland?			
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja ggf. durch (Ehegatte, Vater, Mutter) bei (Versicherungsträger, z. B. AOK, DAK, BKK)		

5. Integration

Verfügen Sie über deutsche Sprachkenntnisse? Sind Sie in der Lage, deutsche Texte zu lesen und zu verstehen? Haben Sie Grundkenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet?

nein, ich habe keine Kenntnisse der deutschen Sprache

ja, ich verfüge über geringe deutsche Sprachkenntnisse

ja, da ich in Deutschland eine Schule besuche/besucht habe
(Bitte legen Sie eine Schulbescheinigung/ein Schulabschlusszeugnis vor)

ja, ich habe einen

Basissprachkurs bei _____ besucht.
(Bezeichnung des Kurses und Institut)

Aufbausprachkurs bei _____ besucht.
(Bezeichnung des Kurses und Institut)

Orientierungskurs bei _____ besucht.
(Bezeichnung des Kurses und Institut)

(Bitte legen Sie entsprechende Nachweise des Sprachkursträgers vor)

Ich kann wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung nicht an Integrationskursen teilnehmen **(In diesem Fall legen Sie bitte ärztliche Unterlagen vor).**

Sind Sie in Deutschland oder im Ausland vorbestraft?

(falls ja, Bezeichnung des Tatbestands, Strafmaßes, Zeitpunkts, Gerichts und Angaben zum Aktenzeichen)

nein ja:

im Ausland

im Inland

Ist derzeit ein Ermittlungsverfahren gegen Sie anhängig? Wenn ja, weswegen, bei welcher Stelle, Aktenzeichen?

nein ja:

Wurden Sie / wurde Ihnen jemals in Deutschland oder in einen anderen Staat des Schengener Abkommens:

ausgewiesen/abgeschoben nein ja, am _____ von _____

die Einreise verweigert nein ja, am _____ von _____

ein Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels abgelehnt nein ja, am _____ von _____